

Er scheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 Mk., fürs
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

Sattler



Inserate kosten 30 Pfennig pro
3 gespaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Cedernwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 48 .: 31. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 10b .: Telephon: Amt Morichplatz, 2120

Berlin, den 30. November 1917

Inhalt. Beitragsleistung. — Lohnprobleme nach dem Kriege. — Für die Einheit der Gewerkschaften. — Zur Beitragsfrage. — Arbeiter- und Angestelltenvereine. — Preisausgleich zur Schaffung von Kleiderverhältnissen Arm- und Invaliden- und Arm-Beschädigter. — Bericht über die Sitzung der Schlichtungskommission für das Leder- und Schuh- und Schuhwaren-Gewerbe Nürnberg. — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus unserem Beruf. — Korrespondenzen. — Sterbetafel. — Bekanntmachung der Auskunftsstelle für das Leder- und Schuh- und Schuhwaren-Gewerbe Deutschlands. — Anzeigen.

Für die Woche vom 2. bis 8. Dezember 1917 ist der 49. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

Lohnprobleme nach dem Kriege.

Von Wilhelm Jansson.

In den deutschen Unternehmerkreisen wird bereits die Frage der Lohnkürzung für die Zeit nach dem Friedensschluß lebhaft erzwogen. Die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände hat vor einigen Monaten in einer Eingabe den Versuch gemacht, das Kriegsamt für diese Frage zu interessieren. Das Kriegsamt sollte insbesondere auch die Bereitwilligkeit der Staatsbetriebe zum Entgegenkommen gegenüber den Arbeiterforderungen eindämmen und überhaupt den Unternehmerverbänden bei der Zurückhaltung der Lohnkurve behilflich sein. Ein praktisches Ergebnis dieser Eingabe hat sich glücklicherweise noch nicht gezeigt, aber die Bestrebungen der großindustriellen Unternehmerverbände in dieser Frage sind deshalb nicht eingestillt worden. Auf ihrer Tagung in Nürnberg vorigen Monat haben sie sich erneut damit beschäftigt und vorbereitende Arbeiten für eine spätere Abhilfe beschlossen. Insbesondere soll eine Statistik über die Arbeitslöhne aufgenommen und die Unternehmerarbeitsnachweise ausgebaut werden.

Wenn eine Statistik, die eine objektive Feststellung der Arbeitslöhne bringt, wäre gewiß nichts einzuwenden. Nur muß von ihr verlangt werden, daß sie nicht einzelne Arbeitsgruppen herausgreift, die infolge ihrer Qualitätsarbeit besonders hohe Löhne während des Krieges erreicht haben, sondern daß sie auch die niedriger entlohnten Arbeiter in richtigem Verhältnis zur Gesamtarbeiterzahl berücksichtigt. Auch ist eine objektive Berücksichtigung der verschiedenen Städte und Gegenden zu fordern, weil bekanntlich einzelne deutsche Städte oder Industriegebiete infolge besonderer Verhältnisse höhere Löhne aufweisen als andere. Ob man von der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände eine solche Objektivität erwarten darf, ist eine zweite Frage. Es ist vielmehr anzunehmen, daß sie eine solche Statistik so gruppieren wird, wie es ihren Zwecken am besten entspricht. Und ihr Hauptzweck ist, wie die erwähnte Eingabe an das Kriegsamt beweist, einer weiteren Steigerung der Arbeitslöhne entgegenzuwirken, um die spätere Lohnreduktion zu erleichtern.

Für die Gewerkschaften ergibt sich aus diesen Vorgängen der eine Vorteil, daß bereits jetzt Klarheit über den Weg geschaffen wird, den zum mindesten ein erheblicher Teil der deutschen Arbeitgeberverbände künftig wieder zu gehen beabsichtigt. Nicht alle Unternehmergruppen nehmen den gleichen ablehnenden Standpunkt gegen eine Verständigung mit der

Arbeitererschaft ein wie die Führer der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, deren Haltung nach wie vor von dem Geiste der rheinisch-westfälischen Großindustrie inspiriert wird. Und wir dürfen annehmen, daß ein nicht unerheblicher Teil der Unternehmerverbände jener zentralen Arbeitgebervereinigung die Verständigung dem Kampfe vorziehen wird. Das gilt insbesondere für jene Unternehmerverbände, die schon bisher im Tarifvertragsverhältnis mit den Gewerkschaften stehen. Allein, der verbleibende Teil, der Gegner jeglicher Verständigung mit den Gewerkschaften ist, wird sich als groß genug erweisen, um die für die deutsche Volkswirtschaft nach dem Kriege unheilvollen Kämpfe zu provozieren.

Denn darüber darf schon heute kein Zweifel gelassen werden, daß die Gewerkschaften gar nicht daran denken, sich ohne weiteres von den Unternehmerverbänden diktierte Herabsetzungen der Löhne gefallen zu lassen. Daß sich heute keine Normen für den Stand der Löhne nach dem Kriege aufstellen lassen, ist klar. Die Kriegslöhne einzelner Spezialarbeitergruppen sind ebenjowenig typisch für die Entlohnung der Gesamtarbeitererschaft im Kriege, wie sie maßgebend sein könnten für die Lohnhöhe nach dem Kriege. Aber, und darauf kommt es an, die Kosten für den Lebensunterhalt der Arbeiter werden noch lange nach dem Kriege enorm hoch sein, weil der Warenmangel, und damit die hohen Preise, noch lange andauern wird, und weil andererseits auch der schlechte Valutastand anormal hohe Preise für alle eingeführten Waren verursachen wird. Auf die Lebensunterhaltungskosten muß aber bei der Festsetzung der Löhne in erster Linie Rücksicht genommen werden, und die Arbeitererschaft wird darüber hinaus selbstverständlich danach streben, ihre Lebenslage zu heben und sie nicht herunterdrücken zu lassen.

Ueber die auf dem deutschen Arbeitsmarkte mögliche Lohnhöhe entscheidet freilich zunächst der Ausgang des Krieges. Die Erkenntnis dieser Tatsache war mit ausschlaggebend für die Haltung der Gewerkschaften im Kriege. Die Gewerkschaften haben jenen „internationalistischen“ Gedankengang entschieden abgelehnt, daß es dem deutschen Arbeiter gleichgültig sein könne, wer im Kriege Sieger bleibt, ob Deutschland oder die zaristische Koalition. Wer das im Verlage der „Internationalen Korrespondenz“ erschienene „Gewerkschaftliche Kriegsbuch“ aufschlagen wird, wird dort die Begründung der gewerkschaftlichen Stellungnahme zum Kriegsausgang nachlesen können. Die Gewerkschaften waren sich von vornherein darüber klar, daß eine Niederlage Deutschlands die deutschen Arbeiter um Jahrzehnte zurückwerfen, ihren Lebensstandard herabdrücken und ihre Emanzipationsbestrebungen erschweren oder gar auf lange Zeit zurück machen müßte. Das zu verhindern, wurde zu einer der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften im Kriege.

Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Gewerkschaften nach glücklichem Ausgang des Krieges, den sie mit erstrebt und erkämpft haben, die Früchte nicht dem Unternehmertum allein zu überlassen gedenken. Sind die maßgebenden Unternehmerorganisationen nicht zu einer Verständigung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen nach dem Kriege bereit, so ist der Kampf unausbleiblich. Die führenden Männer in der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände täuschen sich sehr, wenn sie ihre Hoffnungen auf die Zersplitterung der Arbeiter setzen. Die Gewerkschaften werden mit den Quertreibern, die zu politischen Zwecken die Einheit der Gewerkschafts-

organisationen zu zerstören suchen, kurzen Prozeß machen. Sie sind dazu um so mehr verpflichtet, als die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände die Arbeiter rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht hat, was in Aussicht steht, wenn die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation nicht zusammengehalten und kampffähig erhalten bleibt: Lohnreduktionen, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wären nach der Haltung dieser maßgebenden Arbeitsorganisation die unausbleibliche Folge. Aber weil das in Aussicht steht, werden die Gewerkschaftsmitglieder in ihrer großen Masse selbst sich die Zersplitterung vom Halbe halten. Auf die Zersplitterung der Gewerkschaften dürfen die Führer im Unternehmerlager nicht rechnen, diese ihre Hoffnung ist eine Illusion.

Die Behauptungen in der Unternehmerpresse, daß die „hohen Löhne“ nicht aufrechterhalten werden können, sobald mit dem Friedensschluß die Kriegsaufträge ausbleiben, sind irreführend. Denn erstens sind die „hohen Löhne“ nicht typisch für die Entlohnung der Gesamtarbeitererschaft — und über die Löhne der Spezialarbeiter wird eine Verständigung möglich sein, wenn die Unternehmer eine solche wollen. Diese Löhne waren immer höher als die für Branchen mit geringeren Anforderungen an die Qualifikation der Arbeiter, und es wird keine unüberwindliche Schwierigkeit bieten, einen vernünftigen Maßstab für die Regelung dieser Frage zu finden, der auch die Arbeiter befriedigen kann. Sodann aber wird die Nachfrage nach Waren aller Art nach dem Kriege so groß sein, daß die Industrie auf Jahre hinaus mit Aufträgen zu hohen Preisen versehen sein wird — ein gutes Ende des Krieges vorausgesetzt. Der schlechte Valutastand wird dem Export zunächst förderlich sein, so daß auch die Exportindustrie auf lohnenden Absatz rechnen kann, sobald es ihr gelingt, Rohstoffe heranzuschaffen. Für sie wird auch von Vorteil sein, daß die Löhne nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland gestiegen sind, so daß ihre Konkurrenzfähigkeit durch das Lohnkonto nicht beeinträchtigt wird.

Es ist aus allen diesen Gründen durchaus unberechtigt, wenn die Führer der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände bereits darangehen, Maßnahmen zur Herabsetzung der Arbeitslöhne zu ergreifen. So lange der Ausgang des Krieges nicht endgültig feststeht, ist dieses Vorgehen auch von Nachteil für die deutschen Interessen. Denn es muß in den Reihen der Arbeiter maßlose Erbitterung wecken, wenn sie sehen, daß hervorragende Arbeitgeberorganisationen und ihre Führer keine größeren Sorgen haben als die, wie sie nach Schluß des Krieges die Entlohnung der Arbeiter herunterdrücken können. Dagegen Front zu machen, ist die Pflicht aller, die nicht in einer einseitigen Bevorzugung der Unternehmerinteressen das Heil Deutschlands erblicken. Vor allem aber müssen die Arbeiter selbst auf der Hut sein und durch Stärkung der Gewerkschaften sich für alle Eventualitäten rüsten.

Für die Einheit der Gewerkschaften!

Genosse Adolf Braun, der unausgeseht für die Einigung der politischen Arbeiterbewegung gewirkt hat und sich als ein genauer Kenner der Gewerkschaftsbewegung durch zahlreiche Bücher erwies, hat eben eine Schrift (Gewerkschaftsstreit und Gewerkschaftskampf. Nürnberg, Fränkische Verlagsanstalt, 30 Pf.) erscheinen lassen, die sich gegen die drohende Gefahr der Zersplitterung unserer Gewerkschaftsbewegung im durchaus ruhiger und sachlicher, aber

desto eindringlicher Weise wendet. Genosse Braun schreibt am Schluß seiner Ausführungen, deren Beherzigung wir jedem Gewerkschaftler dringend empfehlen möchten:

„Der Krieg ist eine schwere und harte Zeit für alle Menschen, die im Kriege standen, er war und ist auch eine harte Zeit für alle, die dem Kriege nicht mit der Waffe dienen und doch erfüllt sind von Sehnsucht nach dem Frieden. Wir alle wollen den Frieden, aber wir dürfen uns doch nicht täuschen, daß auch der Friede eine bittere Zeit sein wird, daß die Wirkungen des Krieges in der Zeit des Friedens von jedem, auch noch von unseren Kindern und Kindeskindern, vor allem von den Nichtbesitzenden schwer empfunden werden. Dabei wollen wir schweigen von all den körperlichen Kriegswirkungen, die uns durch Jahrzehnte vor Augen sehen werden, dabei wollen wir nicht gedenken all der schweren Verluste an Verwandten und Freunden, an bestem Volksgut. Auch rein wirtschaftlich wird uns dieser Krieg im Frieden gar viel zu denken und zu sorgen geben. Freilich, die großen Kapitalisten sind im Kriege zu höchster Macht gediehen, der Mittelstand ist aufs Tiefste erschüttert, die Gegenseite in der Gesellschaft werden durch den Krieg auf das Höchste gesteigert. Der gewaltigen Macht des Kapitalismus gegenüber wird das Proletariat stehen, auf seine eigene Kraft allein angewiesen. Die großen Kapitalisten werden in noch höherem Maße als vor dem Kriege eine geschlossene Macht bilden und desto fester zusammenstehen, je mehr es sich darum handeln wird, ihre Interessen gegen die Arbeiter zu vertreten. In festgefühten Kartellen, in engzusammengeschlossenen Syndikaten, in bis in die letzten Einzelheiten organisierte Monopole wird die kapitalistische Gesellschaft als eine geschlossene Einheit der Arbeiterklasse gegenüberstehen. Dieser gewaltigen Machtsteigerung müssen sich die Arbeiter entgegenstellen, in einer Zeit höchster Schwierigkeiten, äußerster Not, in einer Zeit, die eine Fülle größter Aufgaben stellt.

Alles, was gegen die Gewerkschaften, gegen ihre Leitung und gegen ihre Politik während des Krieges sprechen mag, schrumpft diesen Aufgaben gegenüber zur Kleinheit und Unbedeutlichkeit zusammen. Jeder Arbeiter für sich, die Arbeiterchaft als Ganzes wie nach Verufen geordnet, muß nach dem Kriege kräftige, ja unübertreffliche Organisationen haben, die den Kampf aufnehmen können gegen die konzentrierte Kraft des der höchsten Entwicklung entgegenstehenden Kapitalismus. Diesem gilt der Kampf und nicht den Unstimmigkeiten in den Gewerkschaften. Es ist sicher leichter, den Kampf gegen diese oder jene Gewerkschaftsführer beginnen und die Gewerkschaften in zwei Lager zu sprengen, den Bruderkampf zu hellen Flammen auch in den Gewerkschaften zu entfachen, jede Fähigkeit und alle Stärke der Arbeiterchaft zu verbrauchen in der Bekämpfung derer, die übereinstimmen mit der Kriegspolitik der Gewerkschaften. Eine derartige Vergeblichkeit der proletarischen Kraft würde sich bitter rächen. Mit ihr würden wir dem ohnehins übermächtigen Kapitalismus einen Freibrief geben, die Arbeiterfragen ganz nach seinem Gutdünken zu ordnen und zu bestimmen, weil die Widerstandskraft der Arbeiterchaft, weil ihr Wollen und Streben verbraucht wird in dem sich selbst verzehrenden Bruderkampf.

Die erste Aufgabe für jeden Gewerkschaftler wie für jeden Politiker ist, seine entscheidenden Gegner zu erkennen und deren Stärke richtig einzuschätzen. Die Gewerkschaften können in einer Zeit, wo die größten Konflikte zwischen Kapital und Arbeit drohen, nicht an ihre Organisationen die zerstörende Hand legen, sie müssen im Gegenteil alles daran setzen, die Gewerkschaften zu stärken, zu sichern, durch tüchtige und nie ermüdende Organisationen die Lücken in ihren Reihen auszufüllen und die Gewerkschaften auszubauen zu einer Festung, gegen die die ganze Macht des Kapitals vergeblich antrommen würde.

Hier liegen die Aufgaben für jeden Gewerkschaftler heute und morgen. Es heißt trotz alledem und alledem zusammenzusehen und der Übermacht des Kapitalismus eine einige und geschlossene Vertretung der Arbeiterinteressen entgegenzusetzen.

Wer dem widerstreitet, wirkt für die Hinunterdrückung der Arbeiterklasse und für die Unüberwindlichkeit des Unternehmertums.

Das zu wollen, muß jedem Arbeiter ferne liegen!

Zur Beitragsfrage.

VII.

Wie ein Beitschenbief muß der Beschluß des Zentralvorstandes und Ausschusses auf die gesamte alte Kollegenchaft gewirkt haben. Denn wo können neu hinzugekommene Mitglieder über die Köpfe der alten Stammitglieder sich setzen, für die Organisation tief eingreifende Abstimmung vornehmen. Und gerade mit unseren Kollegen, die nun schon über drei Jahre ohne jeden Verdienst sind, müssen wir rechnen; wenn dieselben zurückkommen, dann

haben nicht nur die Zurückgebliebenen sich recht wenig um sie gekümmert, sondern sie haben dann noch eine Extrasteuer in Gestalt der erhöhten Beiträge auf sie geladen. Man muß nicht mit dem Standpunkt haufieren gehen, es ist eben Krieg, und da ist alles teuer. Denn gerade unser Verband hat keine Schwächung, sondern Stärkung erfahren, denn die Unterstüngen, die gezahlt worden sind, sind sehr minimal. Mit Erhöhung der Beiträge ist Vorstand und Ausschuß schnell bei der Hand, als aber die Berliner Vertrauensmänner bei der letzten Erhöhung der Steuerzuschläge höhere Vorschläge machten, da erklärte Kollege Kiesel, für diese Forderung könnte der Zentralvorstand nicht eintreten; aber in derselben Zeit ist dann der Plan der Beitragssteigerung ausgeheckt worden. Die Mitglieder zahlen ja eher als die Kapitalisten. Wenn nun unser Verband so schlecht steht, warum ist denn da Kriegsanzleihe gezeichnet worden? Jetzt reisen die Mitglieder des Zentralvorstandes umher, um die Kollegen außerhalb für die Beitragssteigerung zu gewinnen. Sache derselben wäre es, auch bei dieser Gelegenheit über die Finanzoperation des Zentralvorstandes (Kriegsanzleihe) zu unterrichten. Sache der gesamten Kollegenchaft ist es nun, bei der Abstimmung alles richtig und reiflich zu überlegen. Abstimmen ist leicht, kassieren schwer.

Stollberg i. Harz.

Gust. Agok.

Nachricht der Redaktion: Sobald irgendeine die Gesamtkollegenchaft berührende Frage zur Erörterung stand, haben wir die Mitglieder aufgefordert, auch in unserer Zeitung ihre Meinung zu vertreten, um so Klarheit zu schaffen und Gelegenheit zu haben, Mißverständnissen vorzubeugen. Es würde uns zur besonderen Freude gereichen, einen großen Stab Mitarbeiter zu haben, die sich von dem Gedanken leiten lassen, nur das Beste für den Verband und die Kollegenchaft zu wollen. Um dies Ziel zu erreichen, dürfen weder Verärgerung noch unkontrollierte Gerüchte die Triebfeder sein. Beiträge, auch wenn sie unseren Ansichten und Auffassungen nicht entsprechen, sind für uns nie ein Ablehnungsgrund oder Geburtshelfer eines Redaktionschwängebens gewesen. Doch der Beitrag des Kollegen Agok zwingt uns, von dieser Regel eine Ausnahme zu machen.

Wenn wir dem Kollegen Agok Glauben schenken wollen, so hat der Beschluß des Zentralvorstandes, zwecks Anberaumung einer Urabstimmung, wie ein Beitschenbief gewirkt. Es ist sonderbar, daß Kollege Agok ihn erst gespürt hat, nachdem er von Berlin nach Stollberg übergesiedelt ist. Denn solange er in Berlin war, hielt er die in Vorschlag gebrachte Beitragssteigerung für zweckmäßig und notwendig. Des weiteren behauptet Kollege Agok, die vom Verband geleisteten Unterstüngen seien sehr minimal. Demgegenüber ist doch die Frage am Platz: Sind denn die 644 227 Mk., die der Verband seit Kriegsbeginn bis zum 30. Juni 1917 an Unterstüngen seiner Mitglieder und deren Angehörigen leistete, ein Pappentitel? Zum Vergleich sei nur angeführt, daß unser Verband in den letzten fünf vollen Friedensjahren insgesamt rund 513 000 Mk. an Unterstüngen zahlte, einschließlich für Streikende und Gemäßregelte, wohingegen in den 544 227 Mk., die während der Kriegszeit gezahlt wurden, die Streik- und Gemäßregeltenunterstüngen kaum 1000 Mk. betrug.

Die in Vorschlag gebrachte Beitragssteigerung, über deren Einführung nicht Vorstand und Ausschuß, sondern die Mitgliederchaft entscheidet, soll doch nur dazu dienen, den Verband nach dem Kriege widerstandsfähig und leistungsfähig zu erhalten. Die Notwendigkeit dafür ist den Mitgliedern in Wort und Schrift ausführlich klargestellt worden, sodas Zweifel wohl nirgends mehr bestehen. Aus nicht in unserer Macht liegenden Gründen müssen wir uns die Verantwortung der Frage bezüglich der Finanzoperationen des Vorstandes verjagen, sind aber überzeugt, daß die Generalversammlung auch diesen Teil des Geschäftsberichts aufheben wird.

Was Kollege Agok über die Ausführungen des Kollegen Kiesel in bezug auf die Steuerzuschläge schreibt, darf nicht unwidersprochen bleiben. Die Berliner Vertrauensmännerfraktion verlangte zuerst die Zulage prozentual zum Verdienst bemessen, d. h. die viel verdienenden Kollegen sollten eine höhere Zulage erhalten wie die wenig verdienenden. Kiesel vertrat den Standpunkt, dem wenig verdienenden die gleichen Steuerzuschläge zu gewähren wie den gut verdienenden Kollegen. Die Möglichkeit dazu war durch die nach Stunden bemessene Zulage gegeben. Dieser Begründung haben sich nun auch die Berliner Vertrauensleute angeschlossen, beantragten aber Zuschläge, die höher waren als an manchen Orten die eigentlichen Löhne. Um nun das Prinzip der Stundenlöhne nicht zu gefährden, warnte Kollege Kiesel vor allzu hohen Forderungen. Wie recht er damit hatte, beweist, daß viele Unternehmer in der Provinz gegen die letzte Steuerzuschläge Sturm laufen und die prozentuale Berechnung eingeführt

wissen wollen; kommt ihnen doch die letzte Art viel billiger.

Ein Märchen, Pferde scheu zu machen, ist auch die Behauptung, die Mitglieder des Zentralvorstandes reisen im Lande herum, um die Mitglieder für die Beitragssteigerung zu gewinnen. Fest steht: aus allen Gegenden Deutschlands gingen Zustimmungserklärungen ein, so daß für den Zentralvorstand gar kein Anlaß vorhanden war, auch nur an einer Stelle nachzusehen. Das Gegenteil wäre ja auch blamabel für die Kollegenchaft, die in ihrer überwiegenden Mehrheit für die Beitragssteigerung votieren wird, nicht um der Verbandsleitung eine Gefälligkeit zu erweisen, sondern um sich für alle Zufälligkeiten nach Möglichkeit zu sichern. Aus diesem Grunde verwahren sich unsere im Heeresdienst befindliche Kollegen, daß auf ihnen irgendwelche Rücksicht bei der Urabstimmung genommen wird. In allen an uns aus dem Felde gerichteten Zuschriften wird mit Genugtuung konstatiert, daß auch die Daheimgebliebenen bereit sind, den Forderungen der Zeit Rechnung zu tragen.

H. W.

Arbeiter- und Angestelltenausschüsse.

Gestützt auf § 11 Absatz 2 des Hilfsdienstgesetzes haben die Landeszentralbehörden für die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse Geschäftsordnungen aufgestellt. Sie schürten die Bewegungsfreiheit der Ausschüsse so außerordentlich ein, daß diese so gut wie vollständig unter die Vormundschaft der Unternehmer gerieten. Der Widerspruch aus den Reihen der gewerkschaftlichen Organisationen war die notwendige Folge und das um so mehr, als der § 11 Abs. 2 des Gesetzes solche Befugnis der Landeszentralbehörden keineswegs vorsieht. Die „Arbeitsgemeinschaft Freier Angestelltenverbände“ brachte diesen Streit zum Austrag, indem der 22. Ausschuß des Reichstags im April d. J. sich dieser Auffassung angeschlossen und die Befugnis der Landeszentralbehörden, Bestimmungen über die innere Organisation der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse erlassen zu können, klar und bindig verneinte. Nunmehr mußte der Bundesrat zu der Frage Stellung nehmen; er akzeptierte zwar nicht die Auffassung des Reichstagsausschusses, vermittelte aber und schlug in Ueberabstimmung mit dem Reichstagsausschuss vor, Grundzüge aufzustellen, an die die Landeszentralbehörden beim Erlass von Geschäftsordnungen für Arbeiter- und Angestelltenausschüsse sich zu halten hätten. Ueber solche „Grundzüge“ wurde in den letzten Sitzungen des 22. Reichstagsausschusses beraten. Sie bedeuten im wesentlichen eine Besserung des heutigen Zustandes. So wird zunächst klargestellt, daß für die Feststellung, ob überhaupt 50 Arbeiter oder 50 versicherungspflichtige Angestellte beschäftigt sind, diese Beschäftigten ohne Rücksicht auf Geschlecht, Alter oder Staatszugehörigkeit, mitzählen. Die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse sollen auch für einzelne Betriebsabteilungen errichtet werden dürfen; man denkt dabei an Großbetriebe, deren Abteilungen mehr oder weniger abgeforderte Teile des Gesamtunternehmens darstellen.

Eine vielerörterte Frage ist, ob der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse möglicherweise selbständig und vom Unternehmer unabhängig verfahren oder sich zu beschließenden Sitzungen nur auf Einladung und unter Leitung des Betriebsunternehmers vereinigen kann; das letztere begreift die „Grundzüge“ der Reichsregierung. Im Reichstagsausschuss war eine recht starke Neigung für die volle Selbständigkeit der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse; sie mühten ihre Sitzungen selbständig einberufen und leiten können und das Recht erhalten, den Betriebsunternehmer dazu zu laden. Indes haben im besonderen die Angestelltenausschüsse nur zu oft die starke Abneigung der Unternehmer gegen Verhandlungen überhaupt wahrnehmen müssen. Bei dieser Regelung läge also die hohe Wahrscheinlichkeit nahe, daß die Unternehmer den Einladungen der Ausschüsse sich vielfach entziehen würden; damit aber wäre den Angestelltenausschüssen Wert und Bedeutung genommen worden. Von den sozialdemokratischen Abgeordneten wurde deshalb die Erscheinungspflicht des Betriebsunternehmers oder seines Vertreters als notwendige Ergänzung angeregt. Hierfür bestand weder in der Regierung noch bei der Mehrheit des Reichstagsausschusses Geneigtheit. Es wurde dann für zweckmäßiger angesehen, dem Unternehmer zwar Einladung und Leitung der Sitzungen zu belassen, aber die Ausschüsse in sich selbst zu konstituieren und ihnen das Recht zu geben, auf Einladung ihres Obmanns zu „Vorbesprechungen“ zusammenzukommen. Der Zeitpunkt für solche Vorbesprechungen soll mit der Betriebsleitung dann zu vereinbaren sein, wenn sie während der Arbeitszeit stattfinden. Ein Beschlußrecht gestand der Entwurf der Grundzüge solcher „Vorbesprechungen“ nicht zu; auf Antrag der sozialdemokratischen Abgeordneten wurde ein Beschlußrecht wenigstens darüber erreicht, ob die Schlichtungsstellen angerufen werden sollen oder nicht. Alle Beschlüsse werden bei ordnungsgemäßer

Einladung sämtlicher Mitglieder durch Stimmenmehrheit der Erschienenen gefaßt, bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Für verkürzte Arbeitszeit wegen ihrer Zugehörigkeit zum Ausschuß dürfen dessen Mitgliedern Lohnabzüge nicht gemacht werden. Durch § 13 der Bundesratsverordnung vom 30. Januar 1917 ist dem Arbeitgeber unter Androhung von Geld- oder Haftstrafen weiter unterjagt, die Arbeiter und Angestellten in der Uebernahme und Ausübung der Tätigkeit als Mitglied eines Arbeiter- u. w. Ausschusses zu beschränken oder sie wegen der Uebernahme oder der Art der Ausübung zu benachteiligen.

Eine wesentliche Regelung treffen die „Grundzüge“ über das Erlöschen des Amtes im Arbeiter- u. w. Ausschuß. Die Bestimmungen der Landeszentralbehörden bestimmen zumeist, daß dazu der Vorfall der Wählbarkeit führe. Das war gerade in der Kriegszeit für die Angestellten recht nachteilig, weil ihre Wählbarkeit abhängig ist von der Versicherungspflicht zur Angestelltenversicherung; dessen Gehalt 5000 Mk. übersteigt, verlor sein Amt im Angestellten-Ausschuß. Das ist nunmehr beseitigt; nur das Ausschließen aus dem Betriebe oder aus der Betriebsabteilung mit einem besonderen Arbeits- u. w. Ausschuß führt das Erlöschen der Mitgliedschaft herbei.

Schließlich sollen die Landeszentralbehörden nicht nur befugt, sondern künftig verpflichtet sein, selber alles Erforderliche anzuordnen, wenn ein Betriebsunternehmer seiner Pflicht zur Errichtung der Ausschüsse nicht nachkommt.

Der Reichstagsausschuß hat darüber keinen Zweifel gelassen, daß er den Vermittlungsvorschlägen der Reichsregierung nur unter der ausdrücklichen Voraussetzung folgt, daß die mit seiner Zustimmung aufgestellten „Grundzüge“ von den Landeszentralbehörden vollinhaltlich beachtet werden. Er hat sich Handlungsfreiheit vorbehalten, wenn sich diese Behörden zu den „Grundzügen“ anders verhalten als nach der Zusicherung der Reichsregierung zu erwarten ist.

Preisanschreiben zur Schaffung von Kleiderverchlüssen Arm-Amputierter und Arm-Belchädigter.

Das Knopf-Museum Heinrich Waldes, Prag-Wrschowitz, veranstaltet ein Preisanschreiben mit dem Zweck, für beiderseitig Arm-Amputierte oder Armbeschädigte Kleiderverchlüsse, gegebenenfalls besondere Kleidungsstücke zu schaffen, welche es diesen Invaliden ermöglichen, sich ohne fremde Hilfe an- und auszukleiden. Auch werden geeignete Verchlüsse an Gebrauchsgegenständen wie Geldbehälter, Briefetaschen, Altknappen, Reisetaschen und -koffer, Zigarren- und Zigarettentaschen, Dosen-träger usw. gewünscht. Alles Artikel, welche gerade auf unsere Kollegen anregend wirken und sie betanlassen sollten, schon wegen des guten Zweckes sich an dem Preisanschreiben zu beteiligen. Insgesamt kommen 43 Preise im Betrage von 50 bis 1000 Kronen zur Verteilung.

Die Teilnahme an dem Preisanschreiben ist jedermann, In- und Ausländern, gestattet. Jede Einwendung muß den genauen Namen, den Stand und die Adresse des Teilnehmers enthalten. Auch mehrere Lösungen von einem Einsender sind zulässig.

Jeder Teilnehmer soll Modelle mit entsprechenden Zeichnungen und Beschreibungen einreichen. In Ausnahmefällen sind auch nur schriftliche Mitteilungen möglich. Das Knopf-Museum behält sich vor, in solchen Fällen zur besseren Veranschaulichung Modelle und Zeichnungen auf eigene Kosten anfertigen zu lassen.

Das Knopf-Museum ist bereit, nach vorheriger Verständigung, Teilnehmern den Betrag für die Anfertigung von Modellen und Zeichnungen zu vergüten, oder deren Anfertigung zu besorgen.

Die vom Museum angefertigten und bezahlten, sowie die von den Teilnehmern nicht zurückverlangten Stücke, gehen in das Eigentum des Museums über.

Die Einsendungen sollen möglichst bald, müssen aber bis spätestens 31. Januar 1918 an die Adresse: „Knopf-Museum Heinrich Waldes, Preisanschreiben, Prag-Wrschowitz“ aufgeschickt sein.

Damit den reichsdeutschen Teilnehmern keine Zoll- und Versendungsschwierigkeiten entstehen, ist unter der Adresse des Kuratoriumsmitglied Herrn Eduard Merzinger, Mitinhaber der Firma Waldes u. Co., in Dresden, eine Sammelstelle für reichsdeutsche Sendungen errichtet worden. Alle diese Sendungen müssen bis zum 31. Januar 1918 aufgeschickt sein und die Aufschrift tragen: „Knopf-Museum Heinrich Waldes, Preisanschreiben (Herrn Eduard Merzinger, Dresden-N., Al. Plauenische Gasse 39/41).“

Das Museum hat das Recht, die Einsendungen nach Erledigung des Preisanschreibens noch 6 Monate für Ausstellungs- und ähnliche Zwecke zurückzubehalten.

Nach dieser Zeit erfolgt die Rücksendung der zurückverlangten Stücke.

Alle Rechte an den Einsendungen verbleiben den Teilnehmern uneingeschränkt.

Bericht über die Sitzung der Schlichtungskommission für das Leder-ausrüstungsgewerbe Nürnberg.

In der Sitzung am 10. November 1917 kamen nachstehende Fälle zur Verhandlung:

1. Gegen die amtliche Zuschneidestelle Nürnberg klagt der Verband der Sattler und Portefeuller, Zahlstelle Nürnberg, vertreten durch Herrn August Schramm, auf Bezahlung der viertelstündigen Weisepause, die vom 1. Juni bis 1. September bezahlt wurde, von da ab aber nicht mehr.

Der Tarif enthält keine klare Bestimmung über Bezahlung von Arbeitspausen; es wird beschlossen, die Frage der Zentraltarifkommission zur Entscheidung vorzulegen, ob Arbeitspausen zu bezahlen sind oder nicht.

2. Die Firma Stern u. Co., Nürnberg, fertigt für das Befeidungsdepot in Nürnberg Brotbeutel als Loharbeit und hat dafür dem Depot ihre Afford-sätze eingereicht. Der Verband der Sattler und Portefeuller verlangt auf diese Afford-sätze noch Bezahlung der Teuerungszulagen, wogegen von dem anwesenden Herrn Rosenheim der Firma Stern erwidert wird, daß dadurch der von ihm zu zahlende Arbeitslohn höher sei als der ihm vom Depot zugebilligte Preis. Da über Brotbeutel im Reichstarif, ausgenommen die im Nachtrag 7 Pkt. 8 angegebenen Sätze für Sattlerarbeit, keinerlei Löhne festgesetzt sind, soll bei der Auskunftsstelle angefragt werden, ob die nicht im Tarif genannten Arbeiten, insbesondere die Maschinennäharbeiten, unter den Reichstarif fallen oder freier Vereinbarung unterliegen.

3. Die Firma Wunderlich u. Co. in Fürth, vertreten durch Hrl. Böll, erkennt den klägerischen Anspruch an und verpflichtet sich

a) den Arbeiterinnen Stiegler und Segis je 5,90 Mk., der Arbeiterin Huber 12,77 Mk. für zu wenig bezahlte Löhne nachzuzahlen, ebenso werden die Teuerungszulagen nachbezahlt;

b) drei weiteren Arbeiterinnen, die angelernt wurden und noch bei der Firma beschäftigt sind, je 18,25 Mk. nachzuzahlen;

c) für Heimarbeit einen Teuerungszuschlag von 20 Proz. zu bezahlen laut Reichstarif, Nachtrag 13;

d) für Tornisterteilarbeit sich nach dem vom Befeidungsdepot Nürnberg genehmigten spezifizierten Teilarbeitslohn zu richten.

4. Die Firma J. G. Naum, Nürnberg, hat, wie eine Anzahl anderer Firmen, die Teuerungszuschläge vom 1. September nach Nachtrag 13 nur auf die Minimallohne gezahlt, den höher bezahlten Arbeitern jedoch nur die Differenz zwischen dem bisherigen Lohn und dem sich neu ergebenden Minimallohn als Teuerungszulage gegeben.

Es bestehen zwischen den Mitgliedern der Schlichtungskommission selbst Meinungsverschiedenheiten über diese Frage, weshalb beschlossen wird, die Zentraltarifkommission um eine präzise Auslegung der Frage zu ersuchen: „Sind die am 1. September 1917 mit Nachtrag 13 neu zur Einführung gelangten Teuerungszuschläge nur auf die Minimallohne des Reichstarfs zu bezahlen oder auch vollständig auf die Stundenlohne inkl. Orts- und Kriegszuschläge, welche am 1. September verdient wurden?“

Ferner wird von der Firma J. G. Naum Sattler-näharbeit, hauptsächlich von Arbeiterinnen, für die im Reichstarif Stücklohne festgesetzt ist, auf Zeitlohn angefertigt. Mit Begründung durch den Nachtrag 7 wird für diese Arbeit Einführung der Affordarbeit verlangt. Die Schlichtungskommission kann jedoch in diesem Nachtrag keine bestimmte Verpflichtung hierzu erblicken, sondern lediglich eine Anfrages-äuerung ohne bestimmende Wirkung und ist deshalb nicht in der Lage, dem Antrag Folge zu geben. Jedoch verpflichtet der anwesende Inhaber der Firma Naum, die qualifizierten Arbeiterinnen aufzubereiten.

5. Die Firma Hausfeld in Fürth verpflichtet sich im Vergleichswege, den 3 Arbeiterinnen Franz I, Franz II und Bed, die keine Teuerungszulagen erhielten, je 60 Mk. nachzuzahlen und erlegt den Betrag von 180 Mk. sofort zu Händen des Herrn Aug. Schramm.

6. Gegen den Sattlermeister Kohles in Staf-felste in klagt der Sattler G. Will, Bamberg, auf Nachbezahlung von 63,85 Mk. zu wenig erhaltenen Lohn. Kohles ist nicht erschienen, jedoch schriftlich entschuldigt. Es wird dem Antrag der Majorpartei entsprechend entschieden und Beflagter hiervon schriftlich verständigt werden.

7. Die Firma Stocck in Buttenheim hat seit längerer Zeit für Geschloßförbe, Drillingförbe, Langgranatenförbe erheblich geringere als die Tariflohne bezahlt, auch die Teuerungszuschläge nicht bezahlt. Der anwesende Herr Stocck erkennt die Berechtigung der

Klage an und verpflichtet sich nachzuzahlen an die Arbeiter:

R. 200 Mk. + 100 Mk. Teuerungszuschl. b. 10. 11. 17
W. 250 " + 100 " " " " "
Ed. 300 " + 100 " " " " "
N. 350 " + 100 " " " " "
W. 350 " + 100 " " " " "
Gh. 400 " + 100 " " " " "
N. 450 " + 100 " " " " "
S. 550 " + 100 " " " " "
M. 600 " + 100 " " " " "
S. 700 " + 100 " " " " "

4150 Mk. + 1000 Mk. = total 5150 Mk.

Ferner verpflichtet sich Herr Stocck, dem Hilfsarbeiter Dauchert, der keine Teuerungszulage bekommen hat, hierfür 200 Mk. nachzuzugüten. Herr Stocck verpflichtet sich ferner, ab jetzt die Tariflohne und Teuerungszuschläge genaue eingehalten.

8. Gewerkschaftsjekretär Wittekind-Bamberg wendet sich in einem Brief an die Schlichtungskommission wegen angeblich von der Firma J. M. Kaufner in Bamberg zu wenig bezahlter Löhne auf Tornister, die im Jahre 1915 für das I. Erjäs-Bataillon 5. Inf.-Regt. in Bamberg geliefert wurden. Die Schlichtungskommission, die bereits im Juli 1916 eine Klage der Kaufnerischen Arbeiterchaft behandelt und damals durch Vergleich erledigt hatte, ist jedoch einstimmig der Ansicht, nach so langer Zeit sich nicht mehr mit der Angelegenheit befassen zu können und beauftragt sich hierbei auf einen Zentraltarifamtsbeschuß vom 11. September 1916, wonach es äußerste Frist zur Geltendmachung von Ansprüchen aus dem Reichstarif die Frist von 6 Monaten festgesetzt ist.

Dies soll Herrn Wittekind mitgeteilt und ihm dabei freigestellt werden, namens der Arbeiterchaft eventuell die ordentlichen Gerichte anzurufen.

Streiks und Lohnbewegungen.

Teuerungszulagen in den Flugzeugwerken Automobil und Aviatik, Leipzig-Heiterblick. Um sich über das Resultat der Verhandlungen des Arbeiterausschusses mit der Direktion der Flugzeugwerke Automobil und Aviatik betreffs Teuerungszulagen berichten zu lassen, hatten sich in der Verjammlung vom 9. November 1917 im Gasthaus „Heiterblick“ die Kollegen, Hilfsarbeiter und Kolleginnen zusammengefunden. Kollege Köhler erstattete Bericht. Die Kollegen erhielten als Teuerungszulagen bisher die Stunde 15 Pf., jezt 30 Pf., Hilfsarbeiter 15 Pf., jezt 25 Pf., Kolleginnen bisher 10 Pf., jezt 18 Pf., und Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen unter 17 Jahren bisher 10 Pf., jezt 16 Pf. Ferner wurden die Stundenlohne der Maschinennäherinnen da sie nicht Afford arbeiten, durch Lohnausgleich von 40 resp. 44 Pf. auf 48 Pf. erhöht. Durch energisches Drängen des Arbeiterausschusses auf die Direktion gelang es die Nachzahlung der Teuerungszulage vom 1. Oktober 1917 zu erzielen. Auf den Hinweis verschiedener Kollegen, daß sich Vorteile der Arbeiterchaft, wie sie hier vorliegen, nur durch eine straffe Organisation erzielen werden können, schlossen sich fast alle Beschäftigten unserer Verbände an.

Hus unserm Beruf.

Freigabe von Leder für Zweck der Portefeuller-waren- und Handschuhherstellung. Wie die Kontrollstelle für freigegebenes Leder mitteilt, ist es im Hinblick auf den großen Mangel an Schuhoberleder dringend geboten, alle für Schuhzwecke irgendwie geeigneten Leder heranzuziehen. Demzufolge hat die Kontrollstelle in einer Besprechung mit Sachverständigen aus den Kreisen der Portefeullerwaren- und Handschuhhersteller die Frage geprüft, ob und inwieweit Leder, die heute noch für Kuguzwecke Verwendung finden, der Schuhindustrie zugeführt werden können.

In Verfolg dieser Besprechung ist in Aussicht genommen, solche Leder, die wegen ihrer geringen Stärke und ihres hohen Wertes für die Herstellung von Schuhwaren nicht in Betracht kommen, für die Zwecke der Portefeullerwaren- und Handschuhherstellung freizugeben. Hierdurch wird gleichzeitig erreicht, daß diesen Erwerbszweigen nicht jede Existenzmöglichkeit genommen wird.

Korrespondenzen.

Offenbach a. M. (G. 23. 11.) Nachdem am 12. November eine sehr gut besuchte Vertrauens-männerberjammlung zur Beitragsfrage Stellung genommen hatte, beschäftigte sich mit derselben Frage die Mitgliederberjammlung am Mittwoch, den 21. November, im „Gasthaus zum Löwen“. Die Zweck-mäßigkeit und Notwendigkeit der Erhöhung der Verbandsbeiträge wurde vom Kollegen Höf in längeren Ausführungen erläutert. Unter anderem wies der Redner besonders auf die großen Aufgaben und voraussichtlich schweren Kämpfe hin, die nach Beendigung des Weltkrieges zweifellos an uns herantraten werden und betonte hauptsächlich, daß eine Wieder-

Einführung von Extrabeiträgen zur Stärkung der Hauptkasse absolut ungeeignet, ja nach den Erfahrungen im Offenbacher Industriebezirk fast undurchführbar sei. Dagegen spielt die vorgeschlagene Erhöhung der Wochenbeiträge angeht die heutigen unumgänglichen Ausgaben im Haushalte unserer Kollegen und Kolleginnen eine so geringfügige Rolle, daß wohl niemand aus falsch angebrachter Sparsamkeit die Leistungsfähigkeit seiner Organisation untergraben möchte, um sich damit selber der wirksamsten Hilfe zu berauben. In richtiger Erkenntnis dieser Dinge hat sich denn auch die Vertrauensmännerversammlung durchaus einmütig auf den Standpunkt gestellt, daß dem Vorschlag des Hauptvorstandes und Ausschusses zugestimmt werden müsse. — Die Diskussion war nur kurz und lieferte den Nachweis, daß auch die Mitglieder von diesem Geiste getragen sind. Mit derselben Einmütigkeit stimmte auch die Mitgliederversammlung der vorgeschlagenen Beitragserhöhung zu. Die Urabstimmung findet im „Gasthaus zum Löwen“ statt, und zwar am Samstag, den 1. Dezember, von 12 Uhr mittags bis 9 Uhr abends, am Sonntag, den 2. Dezember, von 10 bis 12 Uhr vormittags, und Montag, den 3. Dezember, von 6 bis 8 Uhr nachmittags. Die Mitgliedsbücher sind unbedingt mitzubringen. Den Vertrauensleuten, wie überhaupt allen Mitgliedern wird dringend ans Herz gelegt, für eine rege Beteiligung Sorge zu tragen. — Zu der am 9. Dezember stattfindenden Bezirkskonferenz, welche sich ebenfalls mit der Frage einer Erhöhung der Bezirksbeiträge befassen wird, werden die Kollegen Mehmel, Warenigh, Neble, Wurm, Engel und Armbruster delegiert. Ihnen wurde aufgegeben, auch für die Erhöhung des Bezirksbeitrages um 5 Pf. pro Woche zwecks Stärkung des Widerstandsfonds und event. Erhöhung der Arbeitslosenzuschüsse einzutreten. — Die Frage des Beitritts der weiblichen Mitglieder zur Bezirkskasse mit 5 Pf. pro Woche wurde vom Kollegen Wurm angeregt und gleichfalls unterstützt. Doch soll in dieser Sache noch eine besondere Versammlung der weiblichen Mitglieder stattfinden, um diese selber darüber entscheiden zu lassen. — Die Abrechnung vom dritten Quartal erstattete Kollege Krüger. Die Einnahmen und Ausgaben balancieren mit 5387,45 Mk., ein Mehr gegen das Vorquartal von zirka 550 Mk. Neue Mitglieder wurden im Quartal aufgenommen: 89 männliche und 170 weibliche; der Mitgliederbestand am Schlusse des dritten Quartals ist 630 männliche und 401 weibliche Kollegen, zusammen 1031 Mitglieder. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt.

Mm. (S. 23. 11.) Am 9. November fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung war sehr umfangreich. Vor Eintritt in dieselbe mußte der Vorsitzende Mitteilung vom Tode des Kollegen Siefert Vogt machen, welcher sein Leben auf dem Schlachtfelde ausgehaucht hat. In jeder der letzten Versammlungen war der Tod eines wackeren Kämpfers zu konstatieren und schließt der Vorsitzende seine Worte mit dem Wunsche, daß es doch endlich der letzte sein möge. Die Versammlung ehrt sein Andenken in üblicher Weise. Zum Punkt Beitragserhöhung spricht unser Gauleiter Kollege Jg. Medner zeigte, wie von der Verbandsleitung alles getan worden sei, die Lage der Mitglieder zu heben und wie es uns gelungen ist, die Achtung der Unternehmer und selbst die der obersten Behörden zu erlangen. Wir haben bei der Beitragserhöhung stets darnach zu handeln, ob dieselbe dem Verbands dienlich sei und nicht immer nach denjenigen zu fragen, die wir noch eventuell organisieren könnten. Medner zerstreut die Bedenken, welche gegen eine Erhöhung sprechen sollen und wie der Verband trotz jeder Erhöhung immer mehr Mitglieder gewonnen hat. Nicht die Sucht nach großem Vermögen, sondern um dem Geldwert der heutigen Zeit Rechnung zu tragen und den Verband widerstandsfähiger für kommende schwere Zeiten zu machen, hat den Vorstand zu seinem Vorgehen veranlaßt. Ferner ist zu erwarten, daß auf dem kommenden Verbandstag Anträge auf Erhöhung der Unterstützungsätze gestellt werden.

In der Debatte erklärte sich ein Kollege mit der Erhöhung einverstanden, jedoch ist der Zeitpunkt längst verpaßt, und hätte die Erhöhung mit dem Aufhören der Monatsbeiträge erfolgen sollen. Des weiteren hätte mehr Rücksicht auf die, welche weniger verdienen, viellecht durch Staffellung, genommen werden sollen, wozu längst ein Verbandstag hätte Stellung nehmen können. Jg. erwidert, daß die Frage der Staffelleistungen in München noch nicht reif gewesen sei, die Idee sich jedoch immer mehr durchgerungen habe und dieses auf der nächsten Generalversammlung schließlich auch beschloffen wird. Einen Verbandstag abzuhalten sei jetzt während der Kriegszeit nicht zweckmäßig, da wir nach dem Kriege mit großen Veränderungen in punkto Organisationsfragen wie auf sozialem Gebiete zu rechnen haben.

Beim Punkt III. Stellungnahme zur Neugegestaltung des Reichstarifs, wird von dem Hauptvorstand erwartet, daß die Kollegen zu dieser eminent wichtigen Frage in ausgiebigem Maße gehört werden. Eine in kurzer Zeit stattfindende Vertrauensmännerversammlung der Filiale wird die Wünsche und Forderungen aufstellen. Um die Geselligkeit

unter den Mitgliedern zu pflegen, wird die Abhaltung einer Silvesterfeier beschlossen.

Zur Unterstützung der Angehörigen unserer Ausmarschirten werden zweimal Sammellisten an den Werkstätten kursieren.

Die Versammlung war von 111 Mitgliedern, darunter 29 weiblichen, besucht.

Sterbetafel.

Als Opfer des Weltkrieges fiel unser Mitglied Siefert Vogt, Ulm, 21 Jahre alt.

Berlin: Im Lazarett zu Spandau verstarb unser Mitglied Karl Mach, 37 Jahre alt. Offenbach a. M. Es verstarben: Am 10. November unser Mitglied Friederike Hofmann, 22 Jahre alt.

— Am 12. November unser Mitglied Simon Heizenröther, 27 Jahre alt.

— Am 16. November unser Mitglied Josef Weibrecht, 31 Jahre alt.

— Am 14. November unser Mitglied Fridolin Ost, 60 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Bekanntmachung der Auskunftsstelle für das Lederausrüstungsgewerbe Deutschlands.

Im Nachtrag 14 des Reichstarifs steht unter Nr. 3d: Baum, Handnaht 1 Mk. Hier liegt ein Irrtum vor. Es muß heißen: Baum, Handnaht 1,90 Mk. Dieser Preis gilt ab 21. September 1917 und da, wo vor diesem Datum unter Vorbehalt gearbeitet wurde, vom Tage des Einspruchs ab.

Für die Arbeitgeber: Für die Arbeitnehmer: Felix Kobau. Alfred Niesel.

Verwaltungsstelle Berlin.

Achtung! Militärbranche! Achtung!

Am Dienstag, den 4. Dezember, abends pünktlich 7 Uhr, im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“, Engelfufer 15

Allgemeine Branchenversammlung.

Tagesordnung:

1. Die bisherigen Vorarbeiten zur Erneuerung des Tarifvertrages.
2. Die letzte Schlichtungskommissionsverhandlung.
3. Branchenangelegenheiten.

Achtung! Um den großen Saal für unsere Versammlung zu bekommen, waren wir leider genötigt, ausnahmsweise den Dienstag als Versammlungstag zu wählen. Wir bitten darauf besonders zu achten und die Versammlung recht zahlreich zu besuchen.

Die Branchenleitung.

Verwaltungsstelle Berlin.

Achtung! Achtung!

Die Urabstimmung zur Beitragserhöhung findet für die Verwaltungsstelle Berlin am Montag, den 3. Dezember, nachmittags von 4—8 Uhr, in nachfolgenden Lokalen statt:

1. Rhnast, Niederschöneweide, Grünauer Str. 8.
2. Dalewsky, Neukölln, Münchener Str. 22.
3. Hemp, Galleisches Ufer 10 (am Galleischen Tor).
4. „Alberthof“, Schöneberg, Feuerstraße Ecke Albertstraße.
5. G. Hoffmann, N., Schulendorfer Str. 3 (am Weddingplatz).
6. G. Rehfeld, N., Wadstr. 66 (am Bahnhof Gesundbrunnen).
7. Gallschinsky, N., Fehrbelliner Str. 1, Ecke Schönhäuser Allee.
8. Hoff, C., Neue Friedrichstr. 2 (an der Weisenbrücke).
9. E. Berger, SO., Köpenicker Str. 10a.
10. W. Kluge, S., Ritterstr. 32.
11. Verbandsbureau, SO., Engelfufer 15, Zimmer 28.

Sinimberechtigt sind nur diejenigen Mitglieder, die der Organisation bereits vor dem 1. September d. J. beigetreten sind und nicht mehr als 8 Wochenbeiträge restieren.

Das Mitgliedsbuch bzw. die Mitgliedskarte ist bei der Abstimmung zur Kontrolle vorzulegen und wird vom Abstimmungsleiter entsprechend abgestempelt.

Ohne Mitgliedsbuch oder Karte kann kein Mitglied zur Abstimmung zugelassen werden.

Die Ortsverwaltung.

Sattler

gesucht.

L. Estelmann, Fabrik für Heeresausrüstung, Straßburg i. E., Tränkgasse 9.

Sattler

auf Militärarbeit (Zornister, Patronentaschen und dergl.) für dauernde Beschäftigung gesucht.

Richard Hänel, Militäreffektenfabrik, Dresden, Pillnitzer Str. 5.

Sattler

für Werkstatt und Heimarbeit werden gesucht. Langdauernde Beschäftigung.

F. Fischer, Militäreffektenfabrik, Königsberg i. Pr. I, Fließstraße 23.

Bett-Federn

Zarte Füllfedern p. Pfd. Mk. 2,—, Halbdaunen Mk. 3,—, do. zart und weich Mk. 3,75, Schleißfedern Mk. 3,—. Alle zart und weich.

Gänse-Federn

Feine weiße Halbdaunen Mk. 7,—, hochfeine sibirische Mk. 8,— b. Mk. 12,—, Schleißfedern Mk. 6,50, weich und daunenreich Mk. 7,50, graue Daunen, schwelend, Mk. 9,—, weißer Daunenflaum Mk. 12,— b. Mk. 20,—, 3—4 Pfd. f. eine Decke. Must. u. Katal. frei. Nichtfallend Geld zurück. 60000 Kunden, 20000 Dankschreib. Bettfederngroßhandlung Th. Kranefuß, Kassel 175, Aeltestes und größtes Versandhaus daselbst.

Stanzer

für große Momentbrückenstanze, gelernter Sattler, nur erste Kraft, kann sich schriftlich melden für Zuschneidestelle

Berlin B., Albert Fischer, Spandauer Straße 28.

Kaufe jeden Posten

Leder-Abfall

ca. handgroß, für Geldbeutel geeignet.

Bernhard Rosenthal, Offenbach a. M., Wasserhofstr. 13.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität

Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.

— Gegründet 1880. — Preislisten S. P. gratis und franko.